

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katja Hessel, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Renata Alt, Jens Beeck, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Alexander Müller, Bernd Reuther, Dr. Stefan Ruppert, Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Umsatzsteuerkarussell

Wie mehrfach diversen Medien zu entnehmen war (siehe Handelsblatt vom 7. Mai 2019) erzielen internationale Steuerbetrüger jährlich Milliardengewinne durch sogenannte Umsatzsteuerkarusselle. Bislang sind Maßnahmen, um diesen Betrug wirksam zu bekämpfen, nicht erkennbar.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um den Steuerbetrug durch Umsatzsteuerkarusselle einzudämmen?
2. Gibt es einen Zeitrahmen, den die Bundesregierung zusammen mit der Europäischen Union verfolgt, um bis zu einem bestimmten Zeitpunkt den pan-europäischen Umsatzsteuerbetrug effektiv einzudämmen?
3. Wie positioniert sich die Bundesregierung zum Vorschlag der EU, die Mehrwertsteuer dort zu erheben, wo die Waren oder Dienstleistungen tatsächlich bezahlt werden?
4. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wie viele ehrliche Händler aufgrund des entstehenden Steuernachteils durch Umsatzsteuerkarusselle vom Markt gedrängt wurden?
5. Wie hat sich die Anzahl der Vorsteuererstattungen bundesweit in den letzten Jahren verändert?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung mit der aktuellen und zukünftigen Digitaltechnik für die Fahndung nach Umsatzsteuerkarussellen?
7. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits unternommen, Steuerbetrug mithilfe von Digitaltechniken einzudämmen?
8. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie viele ehrlich handelnde deutsche Unternehmen finanzielle Einbußen erleiden, weil sie zwar die Umsatzsteuer abgeführt haben, aber infolge der Verwicklung in ein derartiges Umsatzsteuerkarussell die Vorsteuer nicht erhalten?

9. Strebt die Bundesregierung an, die Zusammenarbeit der Finanzbehörden der einzelnen EU-Staaten zu intensivieren, sodass länderübergreifende Umsatzsteuerbetrügereien frühzeitig aufgedeckt werden können?

Wenn ja, welche konkreten Schritte sind dazu geplant?

Wie sieht diesbezüglich der Zeitrahmen aus?

10. Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus aktuell bestehenden Datenbanken wie EUROFISC (Europäisches Netzwerk zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs), ZAUBER (Zentrale Datenbank zur Speicherung und Auswertung von Umsatzsteuerbetrugsfällen und Entwicklung von Risikoprofilen), LUNA (Ländertübergreifende Namensauskunft), USLO (Umsatzsteuer-Länder-Online) und KUSS (Koordinierungsstelle von Umsatzsteuer-Sonderprüfungen und Steuerfahndungsprüfungen) hinsichtlich der Bekämpfung von Umsatzsteuerkarussells?
11. Plant die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für eine diesbezügliche Änderung des Umsatzsteuerrechtes einzusetzen?
12. Hat die Bundesregierung darüber Erkenntnisse, wie hoch der Schaden an den deutschen Steuerzahlern ist, den der Betrug mit der Umsatzsteuer verursacht?
13. Inwiefern geht die Bundesregierung gegen sogenannte Briefkastenfirmen im Inland vor, mit denen Umsatzsteuerbetrug überhaupt erst möglich wird?
Sollen Kontrollmechanismen in Bürocentern oder Working Spaces seitens der Bundesregierung erarbeitet werden?
14. Gibt es Bestrebungen seitens der Bundesregierung, die Steuerschuldumkehr (reverse charge) auf europäischer oder nationaler Ebene anzupassen, um das System der Umsatzsteuerkarusselle zu erschweren?

Berlin, den 31. Juli 2019

Christian Lindner und Fraktion